





**Die Radikalisierung
der Polizei**

im Krieg

Mit Kriegsbeginn kamen auf die Polizei neue Aufgaben zu. Im Deutschen Reich sollte sie den Zusammenhalt der ›Heimatfront‹ mit allen Mitteln aufrechterhalten. Dazu wurden neue Straftatbestände geschaffen und bestehende verschärft. Die Zahl der in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Inhaftierten und zum Tode Verurteilten stieg nach 1939 sprunghaft an.

■ Der Personalbestand der Polizei veränderte sich in den Kriegsjahren erheblich. Viele Angehörige von Ordnungspolizei, Kriminalpolizei und Gestapo wurden in die von der Wehrmacht eroberten Gebiete versetzt. An ihre Stelle traten ältere Reservisten und neu rekrutierte Beamte.

■ Um den Mangel an Arbeitskräften zu beheben, verpflichtete das NS-Regime seit dem Winter 1941/42 Millionen Zivilarbeiter und Kriegsgefangene aus allen von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas. Die Mehrzahl wurde gewaltsam aus Polen und aus der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt. Die Polizei erfasste die Zwangsarbeiter in ihren Herkunftsländern und bewachte sie im Deutschen Reich. Mit Verordnungen und Erlassen regelte die Gestapo die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter und ihren Umgang mit der deutschen Bevölkerung. Besonders stark diskriminiert waren polnische und sowjetische Zivilarbeiter und kriegsgefangene Rotarmisten. Bei Verstößen gegen die Arbeitspflicht, Fluchtversuchen und Widerstand drohte ihnen eine mehrwöchige Haft in Arbeitserziehungslagern. Allein im Deutschen Reich gab es mehr als 200 dieser Straflager der Gestapo.

In ihnen wurden hunderttausende Zwangsarbeiter interniert. Für die Einweisung der Häftlinge und ihre Bewachung war die Ordnungspolizei verantwortlich.

■ Ein zentrales Aufgabengebiet der Polizei während des Krieges war der zivile Luftschutz, der von den regionalen Befehlshabern der Ordnungspolizei organisiert wurde. Ihnen unterstanden die Feuerchutzpolizei, die Technische Nothilfe und der Sicherheits- und Hilfsdienst. Die Polizei verfügte nicht über die Mittel, um die Bevölkerung wirkungsvoll vor dem Luftkrieg zu schützen und die Schäden zu beseitigen. Der rassistische Charakter des NS-Regimes zeigte sich auch beim Luftschutz: Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und weitere aus der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ ausgegrenzte Gruppen waren von den Schutzmaßnahmen ausgeschlossen. Der alliierte Luftkrieg zerstörte ab 1942 viele deutsche Städte und legte das öffentliche Leben lahm. Um den Zerfall der öffentlichen Ordnung aufzuhalten, ging die Polizei mit großer Härte gegen die wachsende Eigentums kriminalität vor.

■ In der Endphase des Krieges verschärfte die Gestapo den Terror gegen die eigene Bevölkerung. Öffentliche Hinrichtungen sollten die kriegsmüde Gesellschaft vor der vorzeitigen Kapitulation abschrecken. Den Mordexzessen in den letzten Kriegsmonaten fielen hauptsächlich Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zum Opfer. Die Gestapo ermordete viele Gefangene und bedrohte jeden, der dem Regime nicht bis zum Untergang folgen wollte.

Polizei und Zwangsarbeit

Mit fortschreitender Kriegsdauer war das Deutsche Reich auf immer mehr Arbeitskräfte für die Wirtschaft angewiesen. Ab 1942 waren insgesamt mehr als acht Millionen Zivilarbeiter und vier Millionen Kriegsgefangene im Deutschen Reich vor allem in Rüstungsbetrieben, in Bauprojekten und in der Landwirtschaft im Einsatz.

Die Gestapo reglementierte mit Erlassen und Vorschriften die Arbeitsverhältnisse und den Umgang der Zwangsarbeiter mit der deutschen Bevölkerung. Besonders schlimm waren die Bedingungen für die Zwangsarbeiter aus Osteuropa: Sie standen am unteren Ende der Hierarchie des Rassismus.

Zwangsarbeiter, die sich den Vorschriften widersetzen, wurden von der Polizei in Arbeitserziehungslager eingewiesen. Diese Lager unterstanden der Geheimen Staatspolizei, das Wachpersonal stellte die Ordnungspolizei.

210

Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion vor der Deportation nach Deutschland

Schepetowka, September 1943 / Fotoreproduktion / Berlin, bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, 30002655

Allein in Polen und der Sowjetunion rekrutierten die deutschen Besatzer mehrere Millionen Menschen zur Zwangsarbeit. Sie wurden von der Polizei bei Razzien festgesetzt und unter schwerer Bewachung mit dem Zug nach Deutschland verschleppt. Die Transporte in den Viehwaggons dauerten oft mehrere Tage, an denen die Menschen nur wenig Verpflegung erhielten.



212

211

Registrierung von Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion im Durchgangslager Wilhelmshagen

Gerhard Gronefeld (1911–2000) / Wilhelmshagen, 12. Dezember 1942 / Fotoreproduktion / Berlin, Deutsches Historisches Museum, BA GG 421/15

Durchgangslager dienten der Registrierung und der Verteilung neu ankommender Zwangsarbeiter auf Betriebe in der Region. In den Lagern, die den Arbeitsämtern unterstanden, mussten sich die Zwangsarbeiter einer Desinfektion unterziehen. Mitarbeiter der Arbeitsämter registrierten sie anschließend und stellten ihnen Arbeitspapiere aus.

212 ■

Abzeichen von Zwangsarbeitern

zwischen 1942 und 1945 / Baumwolle, bedruckt, 7 × 6 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, A 93/13

Der Einsatz von Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion wurde vom Reichssicherheitshauptamt in den 1942 herausgegebenen »Ostarbeiter-Erlassen« geregelt. Sie schrieben die Kennzeichnung der »Ostarbeiter« vor.

Auf der Oberbekleidung mussten sie ein Stoffabzeichen tragen, das auf blauem Grund mit weißer Schrift das Wort »Ost« zeigte. Verstöße gegen diese diskriminierende Kennzeichnung wurden von der Polizei bestraft.

213

Schuhe von Zwangsarbeitern

zwischen 1939 und 1945 / Leder, Kautschuk, Baumwolle, Holz, 26 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, KT 2004/236.1-2

214 ■

Essgeschirr von Zwangsarbeitern

Berlin, zwischen 1939 und 1945 / Emaille, Metall, Teller 6 x 20 cm / Berlin, Berliner Unterwelten e.V.

215

Von einer polnischen Zwangsarbeiterin gefertigtes Strohkörbchen

Wasbek, zwischen 1939 und 1945 / Stroh, Karton, Papier, 15,5 x 20 x 20,5 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, AK 2004/62

Auch unter den bedrückenden Lebensverhältnissen versuchten die Zwangsarbeiter ihre Würde zu bewahren. In ihrer knappen Freizeit angefertigte Gegenstände wie dieses Strohkörbchen dienen dem privaten Gebrauch oder als Tauschobjekte für Lebensmittel, Kleidung und andere rationierte Versorgungsgüter.

216 ■

Arbeitsbuch des französischen Arbeiters Gilbert Joly

Dresden, 2. März 1944 / Karton, Papier, 14,8 x 10,6 cm / Berlin, Deutsches Historisches Museum, Do 71/195II

In den von der Wehrmacht besetzten Ländern Westeuropas warben die deutschen Behörden ab 1940 Arbeiter für den Einsatz im Deutschen Reich an. Nach dem Scheitern der Wehrmachtsoffensiven in der Sowjetunion im Winter 1941/42 wurden auch aus Westeuropa Menschen zur Arbeit in Deutschland gezwungen. Die



214



216

Arbeitsämter stellten für die Zwangsarbeiter Arbeitsbücher aus. Sie enthielten Angaben zur Person, zur beruflichen Qualifikation und zum Arbeitgeber. Die Arbeitsbücher dienten auch als Ausweis gegenüber der Polizei.